

Das Anwaltspatent ist Voraussetzung zur selbstständigen Ausübung des Anwaltsberufs, insbesondere zur berufsmässigen Vertretung von Parteien vor den Gerichten. Wer das Anwaltspatent erlangen will, muss die kantonale Anwaltsprüfung bestehen. Die Anwaltsprüfung dient der Überprüfung der fachlichen Voraussetzungen für die Anwaltstätigkeit, dies zum Schutz des Publikums. Die Prüfung ist sehr anspruchsvoll. Die Durchfallquote ist hoch. Der Zeitaufwand beträgt ungefähr zwei Jahre (inkl. juristischer Praktika von mindestens 1 Jahr, Lernphase und Absolvierung der Prüfung). Der Prüfungsablauf ist in einen schriftlichen und einen mündlichen Teil gegliedert. In den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft sind die Prüfungsabläufe weitgehend aufeinander abgestimmt. Dies gilt auch, wenn die Prüfung erfolglos geblieben ist. In beiden Kantonen kann die Prüfung in solchen Fällen nur einmal wiederholt werden, wobei ausserkantonale Versuche anzurechnen sind (§ 7 Abs. 3 Anwaltsgesetz BL; § 7 Abs. 3 Advokaturgesetz BS). Gesamtschweizerisch lassen 20 Kantone zwei oder mehr Prüfungswiederholungen zu. Neben den beiden Basel sind es nur 4 Kantone, die lediglich eine einmalige Wiederholung zulassen.

Wer die Anwaltsprüfung nicht besteht, ist vom Anwaltsberuf ausgeschlossen. Dementsprechend hoch ist der Druck, welcher auf den Kandidatinnen und Kandidaten nach einem ersten Misserfolg lastet. Diese mentale Belastungssituation ist aussergewöhnlich und mit dem anwaltlichen Berufsalltag nur sehr beschränkt vergleichbar. Dementsprechend ist es für die Prüfungsbehörden, insbesondere in den mündlichen Prüfungen, bei der Prüfungswiederholung oft schwierig zu beurteilen, ob effektiv die tatsächliche Befähigung des Kandidaten oder der Kandidatin fraglich ist oder ob der Kandidat oder die Kandidatin aufgrund der Ausnahmesituation nicht im Stande ist, die normale Leistungsfähigkeit abzurufen und damit den Befähigungsnachweis zu erbringen.

Eine zweite Wiederholungsmöglichkeit würde einerseits die objektive Beurteilbarkeit der Prüfungsleistungen erhöhen. Andererseits würde sie der Gefahr, dass Repetentinnen und Repetenten bei der nur einmaligen Wiederholung milder beurteilt werden, entgegenwirken und damit den Schutz des Publikums erhöhen. Zudem würden damit Anwaltskandidatinnen und Anwaltskandidaten in Basel-Stadt und Basel-Landschaft gleichbehandelt wie in den meisten anderen Kantonen.

Sowohl die Prüfungsbehörden als auch die Aufsichtsbehörden der beiden Kantone sprechen sich für einen zweiten Wiederholungsversuch aus.

Da es sinnvoll ist, die Anwaltsprüfungen der beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt in diesem Punkt weiterhin einheitlich zu regeln, wird Landrat Alain Bai einen gleichlautenden Vorstoss im Landrat des Kantons Basel-Landschaft einreichen.

Entsprechend diesen Ausführungen soll der Regierungsrat beauftragt werden, eine Vorlage zur Anpassung von § 7 Abs. 3 des Advokaturgesetzes Basel-Stadt zur Einführung von zwei möglichen Prüfungswiederholungen auszuarbeiten und das Vorgehen mit dem Kanton Basel-Landschaft Stadt zu koordinieren.

Bruno Lötscher-Steiger, Gabriel Nigon, Nicole Kuster, Daniel Albietz, Andreas Zappalà, Andrea Strahm, Claudia Baumgartner, Stefan Suter, Michael Hug, Lukas Faesch, René Brigger, Pascal Messerli, Hanna Bay, David Jenny, Christine Keller